

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 354

01. März 2006

12. Jahrgang

Die Zukunft in Händen der LehrerInnen und der Autoritäten

Der Beginn des Schuljahres 2006 ist erneut zahlreichen Erschütterungen ausgesetzt. Noch ist nicht einmal der zweite Monat vergangen und schon haben wir wiederholt tausende von Lehrerinnen und Lehrern auf der Strasse gehabt, die ihren Unmut hinsichtlich der Entwicklung der Bildungspolitik der aktuellen Regierung demonstrieren. Währenddessen passiert die Erziehungsministerin María del Carmen Aceña die Gänge des Kongresses auf dem Weg zur „Anklagebank“ im Parlamentssaal zur Fortsetzung der parlamentarischen Anfrage und eine Menge Mädchen und Jungen warten neugierig auf all das, was zu lernen ist und was ihnen erlaubt, sich zu entwickeln und ihre Horizonte zu erweitern.

In der Zwischenzeit hat die Opposition im Kongress der Ministerin das Misstrauen ausgesprochen, Präsident Berger und sein ministeriales Equipe halten ihr derweil die Stange. Silvia Orozco Santisteban erläutert im ersten Teil des folgenden Artikels die Hintergründe der OpponentInnen, erschienen in *incidencia democrática*.

Hinsichtlich des Tauziehens zwischen LehrerInnenschaft und Autoritäten muss man die Vorgeschichte kennen, um die Situation zu verstehen. Auf der einen Seite ist die Zusammensetzung des Bildungsressorts zu betrachten, angefangen bei der Ministerin selbst, die von einem Studienzentrum (*Zentrum für nationale Wirtschaftsstudien – CIEN*) kommt, das sich eindeutig zum Privatsektor zählt und die das *Nationale Selbstverwaltungsprogramm zur Bildungsentwicklung* (PRONADE) vorangetrieben hat. Dieses Programm entstand 1996 mittels einer Regierungsvereinbarung mit dem Ziel die „lokale Organisation zu stärken, um die Entwicklung der Gemeinden zu erreichen, die Beteiligung von Vätern und Müttern der Familien als Verantwortliche für die Erziehung ihrer Söhne und Töchter zu fördern sowie die Bildungsdienstleistungen zu dezentralisieren. Dabei stützt sich das Programm auf die Prinzipien der Solidarität, BürgerInnenbeteiligung, Verwaltungseffizienz und Stärkung der Demokratie und funktioniert über lokale Bildungskomitees (COEDUCAs). Diese Komitees sind gesetzlich verankert und haben die Aufgabe, das Bildungssystem in der jeweiligen Gemeinde zu verwalten, unterstützt durch das Bildungsministerium.

Der Erfolg des PRONADE, die nationalweite Abdeckung der Grundschulbildung erreicht zu haben, gründet sich auf der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen der LehrerInnen, das heisst, dass es mittels der COEDUCAs die Eltern sind, die die Verantwortung für die Verträge und Kündigungen der LehrerInnen tragen, für deren Gehälter, dafür, sie zu evaluieren und sie dabei zu unterstützen, ihre Arbeit erfolgreich zu leisten. Unterdessen wird der Staat ausserhalb jeglicher Arbeitsbeziehung mit dem Lehrkörper gehalten, der seinerseits keinerlei Zusatzleistungen erhalten und den Entscheidungen der Elternkomitees ausgeliefert ist. Dies - nur als Beispiel genannt - ist ein weiterer Rückschritt des guatemaltekischen Staates, der auf illegale Weise seine eigene Verantwortung den Eltern aufkrotyert. Deswegen wird auch behauptet, dass die Bildung privatisiert werden soll.

Aber, warum haben das Bildungsressort und speziell die Ministerin einen so guten Stand innerhalb der aktuellen Regierung? Die Antwort ist einfach: Die Ministerin hat diesen

Sprung Dank der Unterstützung des grossen Unternehmertums und der Medien geschafft. Beziehen wir uns auf konkrete Aspekte, gab es keinen praktischen Erfolg, der vorzuweisen war, es handelte sich vielmehr um Kampagnen mit Unterstützung der Privatinitiative, denn man kann nicht als Fortschritt die Erkenntnisse bezeichnen, die uns allen bekannt sind: die mangelhafte Vorbereitung der LehrerInnenschaft und ebenso die Schwächen, die die SchülerInnen bei Evaluationen aufweisen. Eine grundlegende Frage würde besser lauten: Was hat die Ministerin getan, um diese schwerwiegenden Probleme zu lösen?

Obendrein ist ihre mangelnde Fähigkeit hinsichtlich Gesprächen und Verhandlungen bekannt, was sie den LehrerInnen, aber auch Abgeordneten der Opposition und sogar denen der Regierungspartei gegenüber mehr als bewiesen hat. Aber dabei hat sie einen noch schwereren Fehler begangen: Sie hat die Konsultivkommission für die Bildungsreform im Prozess dieser Reform aussen vorge lassen. Diese Kommission entstammt den Friedensverträgen und hat während der Amtszeiten der Ex-Präsidenten Alvaro Arzú und Alfonso Portillo ernsthafte und wichtige Beiträge geleistet, fachlich fundiert und mit dem Mehrwert, einen weitreichenden Konsens darzustellen.

Auf der anderen Seite finden sich die LehrerInnen, vertreten durch die Nationale LehrerInnenversammlung (ANM), die die Fähigkeit gehabt hat, sich als eine Instanz zu präsentieren, die einen heterogenen und vielfältigen Lehrsektor vereint, einen der wenigen fordernden Instanzen der Arbeitenden mit der Fertigkeit des Aufrufs und der Mobilisierung ihrer Leute. Doch gleichzeitig krankt sie an der Unfähigkeit, eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln, die es ermöglicht, dass die gemeine Bevölkerung ihre gerechtfertigten Forderungen verstehen kann.

Doch dieses Leiden betrifft nicht ausschliesslich die ANM, sondern ist weit verbreitet in den sozialen Organisationen. Das Unterstützungsangebot von zahlreichen Institutionen oder Personen mit alternativen Mitteln ist in ihrer Kampfstrategie nicht in Betracht gezogen worden,

schlimmer noch, sie kümmern sich noch nicht einmal um die Verbreitung ihrer Kommunikués. Dies ist bis zu einem bestimmten Punkt verständlich, nimmt man das Gefühl des Gremiums, das sehr in ihnen verwurzelt ist, auf der anderen Seite schafft man es jedoch nicht, aufzuzeigen, welche Unterstützung andere Gremien zur Stärkung der Forderungskämpfe leisten könnten.

In diesem Zusammenhang ist die erwähnte Unterstützung zu nennen, die die Ministerin Aceña von Seiten der kommerziellen Kommunikationsmittel geniesst, die auf sehr unterschiedliche Weise von den Forderungsaktionen des Lehrkörpers berichten, wenn sie sich auf Themen wie dessen Ablehnung des Freihandelsabkommens TLC berichten im Vergleich zur Darstellung von Uneinigkeiten mit der Bildungsministerin.

Bis jetzt wurde der späte Vorschlag des Ministeriums, einen Rundtisch einzurichten, teilweise von der ANM abgelehnt, einige machen ihrer Teilnahme davon abhängig, wer an diesem Tisch sitzen soll. Auf dem Spiel steht nicht einfach nur, wer wen besiegt, sondern grundlegende Veränderungen im nationalen Bildungssystem zuwege zu bringen. Denn Guatemala kann nur in der Masse aus seiner Unterentwicklung herauskommen, wie seine EinwohnerInnen eine bessere Bildung erreichen.

Das Misstrauensvotum

Nach der anhaltenden Kritik durch den LehrerInnensektor und dessen Forderung, die Bildungsministerin solle zurücktreten, nahm sich Anfang Februar der Kongress des Themas an und unterzog María del Carmen Aceña einer, im Endeffekt drei Wochen anhaltenden parlamentarischen Anfrage, mittels der Zweifel an der Arbeit der Ministerin geklärt werden sollten.

Der die Anfrage initiiierenden *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) schlossen sich schliesslich zahlreiche Oppositionsparteien an. Auch die *Integracionistas* die das Zünglein an der Waage darstellten, liessen sich überreden, so dass im entsprechenden Moment 88 Abgeordnete der Bildungsministerin das Misstrauen aussprachen, 43 dagegen stimmten und 27 Kongressmitglieder der Entscheidung durch Abwesenheit auswichen. Für die Gültigkeit – im ersten Schritt – dieses Misstrauens, bedurfte es einer absoluten Mehrheit, mindestens 80 Stimmen. Die Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GANA) hatte somit keinen Erfolg, ausreichend Unschlüssige mittels Verhandlungsvorschlägen in Bezug auf Gesetzesverabschiedungen oder Projekte auf ihre Sei-

te zu ziehen. Das letzte Wort hat auf legaler Ebene dennoch der Präsident, der nach Aceñas Niederlage im Kongress, seiner Ministerin den Rücken stärkte und mit dem Aufgebot seiner gesamten MinisterInnenschaft bei einer Pressekonferenz bekannt gab, dass die Ministerin im Amt bliebe. „Heute hat der Ministerrat die einstimmige Entscheidung getroffen, den (nach einem Misstrauensvotum obligatorische, die Red.) Rücktritt von María del Carmen Aceña aus dem Bildungsministerium nicht zu akzeptieren, damit sie die Gelegenheit hat, weiterhin die Veränderungen voranzutreiben, die das Land braucht“, kommentiert Óscar Berger. Der Staatschef unterstrich zudem die Notwendigkeit des Dialogs, nicht nur mit den DozentInnen, sondern mit allen Sektoren, um jene strukturellen Modifikationen zustande zu bringen, die die Lehre braucht.

Dabei kündigte er drei Gesetzesinitiativen an, um die Bildungsreform zu bewerkstelligen. Die Vorschläge beinhalten die Dezentralisierung der Fonds, die Verbesserung der Gehälter in diesem Ressort und die Schulinfrastruktur.

Aceña zeigt sich indes tapfer: „Ich fühle mich durch den Präsidenten Óscar Berger und Eduardo Stein unterstützt. Wir befinden uns in einem transzendentalen Moment für das Land und müssen weitermachen, um die Veränderungen herbeizuführen. (...) Mein Traum ist es, viele der Albträume der Guatemaltekinnen zu überwinden; ich ziehe es vor, diese Aggressionen nicht zu spüren, denn ich glaube, das tut niemandem gut. (...) Wir insistieren mit dem Dialog, denn es gibt keine andere Form Vereinbarungen zu erreichen. Die Kommunikation wird sich verbessern, damit die DozentInnen keine falschen Botschaften erhalten.

Doch die LehrerInnen bleiben hart und kritisieren die Entscheidung Bergers. „Auch wenn der Präsident und der Ministerrat María del Carmen Aceña unterstützt, vertritt sie im Bildungsressort für die LehrerInnenschaft nicht mehr die Interessen der Lehre und hat ihre Legitimität verloren“, so die klaren Worte von Joviel Acevedo, Anführer der Nationalen LehrerInnenversammlung. Nicht zu negieren ist denn auch, dass die Regierung sich erst nach dem Misstrauensvotum dazu herabgelassen hat, sich mit den LehrerInnen zusammenzusetzen und sie in die Formulierung der Bildungsreform mit einzubeziehen.

Dementsprechend kommentiert der Redaktionschef der Tageszeitung *Prensa Libre*: Der grösste politische Fehler dieser Regierung und ihrer Ministerin in ihrer Sicht des Konflikts mit dem Lehrkörper, war es zu denken, dass man die Erziehung des Landes ohne die Lehrer

und Lehrerinnen ins Rollen bringen könnte. Das ist ein schwerwiegender Beweis für die politische Kurzsichtigkeit. Wenn wir verantwortungsbewusst sind, ist es notwendig in Betracht zu ziehen, dass es sich um rund 80 Tausend Mitglieder des grössten Gremiums des Landes handelt. Dieses besteht auf nationaler Ebene und entgegen der oberflächlichen Anschuldigungen, haben sie tatsächlich einen Vorschlag für die Bildungsreform, die angelehnt ist am Geist der Friedensverträge.

Diejenigen, die die Ministerin verteidigen, negieren die Privatisierungsabsichten der Bildung, die von diesem Ressort aus vorangetrieben wird. Das sind die Fakten. Da ist die Anstellung von ca. 12'000 LehrerInnen, auf Vertragsbasis, ohne die minimalen Arbeitsrechte, gemäss dem Denken der Jobvergabe in Fabriken. Ein anderer Punkt ist das vom Ministerium angeregten und akzeptierten Kassieren von Einschreibgebühren, die gemäss Menschenrechtsprokurat in allen öffentlichen Schulen erhoben werden und sich zwischen 80 und 150 Quetzales belaufen, während die öffentliche Bildung laut Gesetz gratis ist. Allein diese zwei Beispiele weisen in Richtung Privatisierung der Bildung, da können sie sagen, was sie wollen.

Schwerer wiegt noch, dass der Protest der LehrerInnen dargestellt wird, als käme er von wenigen. Nein, Herr Berger, es sind tausende auf nationaler Ebene. Und als Lektion der politischen Geschichte, erinnere ich nur daran, dass die ehemaligen Präsidenten Vinicio Cerezo und Alfonso Portillo die Stärke des Gremiums kennen gelernt haben, die Verunglimpfungen wie „Politisierung“ oder „Manipulation“ ertragen hat, doch letztendlich haben die Regierungschefs die Lektion gelernt: man kann nicht an die Bildung denken ohne die LehrerInnen, und es ist auch nicht der Moment für Experimente.

Das Misstrauensvotum des Kongresses löst nicht die Dringlichkeit einer Bildungsreform, die die Friedensverträge wieder aufnimmt. Und Achtung: Der Dialog ist da für die Suche nach Lösungen und nicht, um zu versuchen, Forderungen zu entschärfen.“

Und so schlich sich in den aktuellen Konflikt zwischen Ministerium und LehrerInnenkollegium noch eine dritte Position, die denn auch die schärfste Kritik rund um das Misstrauensvotum hervorrief: Dem Kongress wurde vorgeworfen, die Auseinandersetzung in ein wahlpolitisches Spektakel zu verwandeln und die Figur der Bildungsministerin als Exempel zu statuieren, auf der einen Seite als Zeichen der Macht des Präsidenten als letzter Entscheidungsträger,

auf der anderen Seite als Zeichen für die Schwäche desselben als Regierungschef und seiner Equipe.

Trotz aller nicht zu leugnenden Fehler und Unfähigkeiten der Ministerin hat diese – nicht ohne das Zuspielen des Balles durch die anhaltenden Kritik der LehrerInnen an ihrer Administration – das Thema der Bildung auf die nationale Agenda gehoben und einen historischen Präzedenzfall geschaffen, indem sie mit der Tradition brach und sich nicht mit den Abgeordneten auf Verhandlungen über die Lehrstellenvergabe in den Departements einliess, die diese üblicherweise für ihre parteipolitischen Verpflichtungen instrumentalisiert haben.

So stellt die Parlamentarische Anfrage für manche weniger die Absicht dar, tatsächlich einen möglichen Niedergang der Bildungsamtsführung zu beweisen sondern um ein Kräfteressen und den Anstieg in der politischen Gunst des LehrerInnengremiums.

Trotz der Bereitschaft von Seiten einiger Kongressabgeordneten, sich zum Gespräch zu finden, bleibt fraglich, wieweit während des Restes der GANA-Regierung die Spuren der Auseinandersetzung das politische Handeln derselben behindern.

Auf der Legislativagenda stecken die Diskussionen um zahlreiche, aktuell mehr als drängende Gesetze fest: das

Waffen- und Munitionsgesetz, jenes zum Kampf gegen das Organisierte Verbrechen, das zur Schaffung des Nationalen Instituts für Forensik, das zu Privaten Sicherheitsunternehmen und zum Gefängnisssystem. Im sozialen Bereich stehen aus die Gesetze zur Ländlichen Entwicklung und dem Schutz von Kleinst-, Kleinen und Mittleren Unternehmen. Das Justizressort entbehrt derweil einer Billigung der Reformen des Gesetzes zu Aspekten der Festnahme Verdächtiger, des Strafkodices zur Definition der häuslichen Gewalt als Verbrechen und des Strafprozesskodices, um nur die dringlichsten Entscheidungen zu nennen.

Nicht allein im Korruptionsparcour der Regierung

Guatemala, 24. Feb. Abgeordnete der Regierungspartei und zahlreiche der Opposition haben ein Thema der Eintracht gefunden, liegt doch in ihren Händen die Kontrolle über hunderte Millionen Quetzales für Bauprojekte, ohne diese öffentlich ausschreiben zu müssen. Diejenigen, die der *Grosse Nationale Allianz* (GANA) bei der Verabschiedung des Staatshaushaltes den Rücken stärkten, konnten sich an jenem „Spezialfond“ bedienen, der ihnen für Projekte des „eigenen Interesses“ zugewiesen wurde. Diese Praxis ist seit 2004 gängig, als die Regierung im Kongress um einige Projekte feilschte. Anfangs widersetzte sich die Opposition, doch nach Verhandlungen einigte man sich schliesslich auf den *modus operandi*: Bauvorhaben gegen Stimmen.

Zu diesem Zweck wurde das *Programm zur Städtischen und Ländlichen Gemeindeunterstützung* (PACUR) erfunden, gemanagt vom *Präsidialen Exekutivsekretariat* (SCEP), dem 200 Mio. Quetzales überwiesen wurden. „In jenem Jahr haben sie uns je 1,2 Mio. gegeben und uns gesagt, dass wir die in Projekte stecken könnten“, so ein unabhängiger Abgeordneter. Er erläutert zudem die Strategie: Der Handel für die Getreuen bedeute, dass diese ein Bauunternehmen suchten, mit dem die Zahlung einer „Provision“ in Höhe von 10 bis 20% der Gesamtkosten vereinbart würde. „Man hat mir erklärt, dass wir mit diesem System Projekte machen, unser Image aufbessern und nebenbei ein paar Centavos verdienen könnten“, beschreibt ein Kongressabgeordneter der GANA. Für 2006 verfügt das PACUR gar über 400 Mio. Quetzales. Gemäss Angaben der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) und der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN), stehen heuer jeder/m der begünstigten Abgeordneten mindestens Q 2,5 Mio. zu, Fraktionschefs und dem Kongressvorstand

gar bis zu 7 Mio.

Um die Vorhaben nicht ausschreiben zu müssen und somit unter die Räder der Buchprüfung des *Nationalen Rechnungshofes* zu geraten, einigten sich die Abgeordneten und die Regierung darauf, dass die Projektvergabe von der *Internationalen Organisation für Migrationen* (IOM) verwaltet werde. Jeder Abgeordnete wählt demnach seine/ihre Vorhaben aus, reicht einen Antrag an das SCEP ein, diese wickelt die Projekte ab und bittet die IOM sie auszuführen. Diese wiederum sucht aus einer Datenbank, die auf Hinweisen der Abgeordneten beruht, die Unternehmen aus. Einige Firmen bekannten, die zu leistende Provision „ist eine Grundvoraussetzung, wenn man sich nicht darauf einlässt, bekommt man keine Aufträge“.

Im vergangenen Jahr denunzierte die Abgeordnete der *Patriotischen Partei*, Roxana Baldetti, dass auch ihr 7 Mio. Quetzales für ihre Stimme zur Absegnung des Etats 2006 angeboten wurden.

Besondere Entrüstung bei der Aufdeckung des üblichen Skandals rief die Beteiligung der IOM als Kanalisiererin hervor sowie die abgebrühte Aussage des IOM-Verantwortlichen in Guatemala, Günther Müssig: „In diesem Land gibt es kein Bauvorhaben ohne Überschüsse“, sich auf die Provisionen beziehend. Die IOM war bereits 1999 unter Álvaro Arzú in einen Korruptionsskandal verwickelt als es um die Umgestaltung des „Marsfeldes“, einem Veranstaltungsortes des Militärs, ging.

Nichtsdestotrotz lassen die Presseenthüllungen von Korruptionsskandalen auf Regierungsebene den Präsidenten Óscar Berger kalt. Neben dem PACUR-Korruptions-Parcour wiesen die Medien auf Anomalien hinsichtlich der Millionenausgaben des Präsidenten der *Nationalen Hafenfirma Santo Tomás de Castilla* für aufeinander folgende Reisen von der Hauptstadt nach Izabal hin, gerechtfertigt vom Präsidenten selbst,

der die Ansicht vertritt, es sei absurd, wenn dieser Funktionär im Bus fahren würde - eine Reise von ca. 5 Stunden.

Wie bei anderen Gelegenheiten, in denen Berger aufgrund „zweifelhafter“ Aktionen seiner Mitarbeitenden in Frage gestellt wurde, spricht er den aktuellen Anzeichen keine Bedeutung zu; er verspricht nur zu „ermitteln“. Dass der Präsident seine korrupten KolaborateurInnen decke, widerspreche völlig seinen Wahlversprechen, so die Presse.

Ein weiteres dreckiges Geschäft wurde im *Sekretariat der Sozialen Projekte der Präsidentengattin* (SOSEP) aufgedeckt, wobei dieses vermeintlich dazu benutzt worden sei, zwischen Mai '04 und Mai '05 Hehlerware ins Land einzuführen. Gemäss der Klage, die von der *Gewerkschafts- und Volksaktionseinheit* (UASP) eingereicht worden war, habe die *Unabhängige Bananenkompanie von Guatemala* (COBIGUA) Container verwendet, in denen Haushaltsgeräte und Hühnerfleisch nach Guatemala geschmuggelt wurden unter dem Vorwand, es handle sich um eine Spende von Früchten für das SOSEP. Die Art dieser Spenden ergaben sich in manchen Fällen, wenn die Früchte an der Grenze nicht den Zoll passierten und ins Land rückgeführt wurden.

Ein anderer Fall, der einige Wochen lang die Zeitungstitelseiten füllte und immer noch nicht ausgestanden ist, ist der Konflikt zwischen der Stadtverwaltung Guatemalas und dem *Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungsbau* (MICIVI), der sich um die Neugestaltung des Internationalen Flughafens „La Aurora“ dreht. Gemäss der Stadt sei das Vorhaben nicht öffentlich ausgeschrieben und auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden.

Wie so oft heisst es in all diesen Fällen: „Die Staatsanwaltschaft ermittelt“. Doch dass dies grundlegende Folgen haben wird, bleibt zweifelhaft.

Narcopolitik in Guatemala befürchtet

Guatemala, 16. Feb. Der Drogenhandel in Guatemala könnte in den nächsten Generalwahlen die Politik in die Enge treiben, wenn er – den Anzeichen entsprechend – versuchen wird, mit KandidatInnen für Schlüsselpositionen daran teilzunehmen, so die derzeitigen Befürchtungen auf Regierungsebene. Innenminister Carlos Vielmann und der Präsidiale Kommissionär für Menschenrechte (CO-PREDEH), Frank La Rué, warnen vor der Möglichkeit, der „Drogenhandel verfolge ein Wahlprojekt. AnalystInnen vergleichen unsere Nation mit Kolumbien, wo die *capos* in den 80er Jahren in die Politik einstiegen“. Bislang hätten die *narcos* lediglich die Wahlkampagnen finanziert, doch sie bereiteten sich nun auf die Teilnahme an den Wahlen 2007 vor, um Ämter im Kongress und in den Munizipien einzunehmen, so die Regierungsfunktionäre. Zugleich erklärt La Rué, dass die beklemmende Situation, in der das Land derzeit lebt und der hohe Gewaltindex von Seiten des Drogenhandels provoziert würden, damit dieser seine Ziele erreiche. Vielmann seinerseits versicherte, die Drogenhändler wüssten genau, wie sie die Bevölkerung am Schweigen hielten. Sie kauften Gefallen, wie es auch in Kolumbien vorkam, wo sie ganze Parzellen im Gegenzug zu Wahlstimmen verschenkten.

Viele guatemaltekische Dörfer feierten schon heute ihre lokalen Feste mit Geld der Drogengeschäftemacher, die zudem auch Schulen oder Gesundheitszentren bauten, so der Innenminister. Laut Angaben der guatemaltekische Antidrogenzuständigen und den USA sind bereits die Departements Petén, Izabal, Jutiapa, Jalapa, Chiquimula, Zacapa, El Progreso, Santa Rosa, Escuintla und San Marcos vom Drogenhandel beschlagnahmt. Auch – entsprechendes kam noch im letzten Jahr ans Licht – gibt es Anzeichen dafür, dass einige Kongressabgeordnete mit den Drogenkartellen in Verbindung stehen (vgl. ¡Fijáte! 351).

Vielmann und LaRue riefen denn auch die Parteien und die Bevölkerung dazu auf, die Beteiligung der *narcos* an den Wahlen zu verhindern. „In diesem Land wissen alle, wer sein Geld auf anständige Weise verdient hat, und wer nicht. Deswegen werden die Parteichefs keine Unwissenheit vorschützen können“, stellt Vielmann klar. Dabei wird es angesichts der parteipolitischen Finanzmisere und Dank der

fehlenden institutionellen Kontrolle schwierig sein, dem Auflisten von Verdächtigen einen Riegel vorzuschieben. So wird die Gefahr der Manipulation der Parteien bestehen bleiben, damit die *narcos* über den Weg der Wahlstimme ihre vielfältigen Interessen in Sachen Finanzen, Verwaltung, Gesetzgebung, Justiz etc. zu befriedigen.

In erster Linie heisst es jetzt also für die Parteien, die erhaltenden Spenden offen zu legen, sie auf ein festgelegtes Maximum zu beschränken und zu ermöglichen, ihre Herkunft zu ermitteln.

Edgar Gutierrez, ehemaliger Koordinator des Projekts der Historischen Wiedererlangung REMHI, der schliesslich der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) beitrug, skizziert in seiner Kolumne in der Tageszeitung *el Periódico* die mögliche Zukunft des Landes unter *narco*-politischer Regierungsbeteiligung: „Auf die Erfahrungen von Kolumbien aufbauend, sieht der Fahrplan wie folgt aus: 1. Die Drogenhändler finanzieren Kampagnen (sie haben gelernt, dass sie besser nicht ihre Köpfe postulieren), 2. Sie durchdringen den Bau- und Handelssektor, 3. Sie bringen ihre Unternehmen auf den aktuellen Stand sowohl mit dem Fiskus als auch mit der Sozialversicherung und treten in Wettbewerb um grosse öffentliche Projekte, 4. (Das Neue ist, dass) sie versuchen, mittels der Drogen, Alkohol, Partys und anderer List, junge Töchter und Söhne von hohen FunktionärInnen und anderen Schlüsselpersonen mit sozialem Prestige zu fassen zu kriegen; auf diese Weise verfügen sie über eine mächtige Waffe zum Erpressen und zum eventuellen Selbstschutz.“

Anschein eines ersten Beweises für die Befürchtungen der Regierung zeigt sich im Nachspiel der Räumung der Ländereien in dem Grenzgebiet zwischen dem Munizip Ixchiguán und Tajumulco, San Marcos (vgl. ¡Fijáte! 353). Laut Aussagen des Bischofs von San Marcos, Monseñor Álvaro Ramazzini, steckt der Drogenhandel hinter dem Konflikt zwischen den beiden Gemeinden. Innenminister Vielmann bestätigte diese Behauptung und wies darauf hin, dass diese illegale Gruppe aus dem nordwestlich liegenden Tacaná stamme.

Ramazzini, kürzlich gewählter Vorsitzender der *Guatemaltekischen Bischofskonferenz* (CEG), erklärt, dass es Anzeichen dafür gebe, dass

die *narcos* die Leute von Tajumulco manipulierten, dass sie Ländereien eingenommen hätten und mit Repressalien drohten, sollten sie vertrieben werden – so geschehen bei der Räumung, bei der die Ausgewiesenen Häuser in Ixchiguán in Brand setzten.

Der Innenminister ist derweil der Ansicht, dass die in Tacaná operierenden Drogengruppen den Landkonflikt in Tajumulco dafür nutzten, die Aufmerksamkeit von ihren Mohnpflanzungen abzulenken. Ramazzini weiss, dass die BäuerInnen in der Zone bewaffnet sind und in Verbindung zu den Drogenkartellen stehen, unterstützt vom Bürgermeister Tajumulcos. Dessen Amtskollege in Ixchiguán vermeidet die Nennung von Verantwortlichen, streitet aber angesichts der Menge und der Art der Waffen der Leute aus Tajumulco sowie aufgrund der Art der Baukonstruktionen in der eingenommenen Zone, die Hypothese des Bischofs nicht ab. Dieser bedauert den Konflikt: „Es macht traurig, denn sie streiten sich zwischen Brüdern der gleichen Ethnie Mam, es gibt bloss Faktoren zu Gunsten der Angreifenden, diese sind bewaffnet, stehen in Verbindung zu den Drogen und haben einen Anführer, der sie manipuliert, nicht zu vergessen die bürgermeisterliche Rückendeckung.“

Unterdessen kündigte Vielmann an, bereits US-amerikanische Helikopterhilfe ersucht zu haben, um rund 200 Hektar Land in den Munizipien Tajumulco und Tacaná mit Pflanzenschutzmitteln zu besprühen, mit denselben, so versichert der Innenminister, die in Kolumbien zur Vernichtung von Koka und Mohn genutzt werden. Angeblich ist das Mittel, Glifosato, für Personen unschädlich, doch Polizeidirektor Sperisen kündigte bereits an, dass Gemüseanpflanzungen, die sich in dem identifizierten Gebiet befänden, beschädigt würden, für ausserhalb liegende Felder gäbe es keine Folgen. Selbst Yuri Mellini, Direktor des Umweltaktionszentrums CALAS, gibt sich geschlagen oder aber ist Realist hinsichtlich der Regierungspolitik: Die Vernichtungsaktion wird schädliche Umweltfolgen haben, aber das Thema des Drogenhandels habe Vorrang vor der Umwelt“, meint der Aktivist.

Das Departement San Marcos gehört zu den am stärksten betroffenen durch den Hurrican Stan, durch den die Bevölkerung bereits einen Grossteil ihrer Felder und Ernten verloren hat und gerade erst wieder auf die Füsse kommt.

Widerspricht der TLC der guatemaltekischen Verfassung?

Guatemala, 25. Feb. Der anhaltende Protest sozialer Bewegungen gegen das Freihandelsabkommen zwischen Zentralamerika, der Dominikanischen Republik und den USA (TLC) präsentierte sich erneut auf der Strasse und richtete sich diesmal konkret an das Verfassungsgericht.

Der soziale Zusammenschluss mit dem ungestümen Namen *Nationale Front des Kampfes der Verteidigung der Öffentlichen Dienste und Naturressourcen* (FNL) und andere soziale Bewegungen legten während und im Anschluss des deklarierten Nationalen Protesttages in Guatemala-Stadt Ende letzter Woche ein Gutachten vor, das die Verfassungswidrigkeit des kritisierten Freihandelsabkommens nachzuweisen sucht. Nach Kundgebungen vor der US-Botschaft, dem Rathaus der Hauptstadt sowie dem Kongressgebäude übergaben VertreterInnen der FNL das Exposé an den Verfassungsgerichtshof.

Die DemonstrantInnen forderten eine unparteiische Prüfung der Verfassungsbeschwerde im Interesse der Nation und der Ärmsten der Armen. Das Gericht habe mehr als eine nur rechtliche Entscheidung zu treffen, es entscheide über die Zukunft des Landes.

Der Rechtsanwalt Ramón Cadena erklärte, dass ein Freihandelsabkommen unter anderem die Verfassungsartikel 118 und 119 beträfe, die Guatemala zu einem Staat erklärten, der soziale Rechte schütze, während die internationalen rechtlichen Handelsbestimmungen der Nation eine neoliberale Wirtschaftsphilosophie vorschrieben. Er habe bereits die Verletzungen der ‚Carta Magna‘ in vier Schlüsselfragen begründet: dem Recht auf Gesundheit, der Landwirtschaft, den Arbeitsrechten und beim Umweltschutz. Weitere rechtliche Prüfungen würden aber sicher weitere Verstöße aufzeigen.

Von politischer Seite erhielten die GegnerInnen des TLC Unterstützung durch die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG). Deren Parlamentsabgeordnete Alba Estela Maldonado erklärte, dass der Rekurs an das Verfassungsgericht, den die FNL eingereicht habe, auf einer soliden Argumentation fusse und rechtlich einwandfrei vorgetragen worden sei.

Die Proteste am 24. Februar wurden unterstützt von der *Nationalen BäuerInnenorkoordination* (CNO), der *Plataforma Agraria* (PA) und der *Koordination der Nichtregierungsor-*

ganisationen und Kooperativen (Congcoop), die insbesondere auf die Auswirkungen des Freihandelsabkommens auf die Landwirtschaft hinwiesen.

Die im Rahmen der TLC-Proteste im letzten Jahr entstandene *Indigene-, BäuerInnen-, GewerkschaftlerInnen- und Volksbewegung* (MICSP) rief für diesen Tag zu Strassenblockaden und Streikaktionen auf und kündigte an, an der US-Botschaft einige Kisten Cola- und Limonadenflaschen sowie Müllreste von Fast-Food-Essen zu deponieren.

In den von konservativen Regierungen verwalteten Nachbarländern El Salvador und Nicaragua wird das Freihandelsabkommen am 1. März in Kraft treten. Der für Guatemala zuständige Vertreter der amerikanischen Handelskammer, Carlos Gutiérrez, erklärte in Miami, er rechne damit, dass bis Juni auch Guatemala und Honduras und im Juli die Dominikanische Republik dem Freihandelsabkommen beitreten würden.

Nach Ansicht TLC-BefürworterInnen würden Guatemala bei einer späteren Anbindung an das Freihandelsabkommen Nachteile bei Auslandsinvestitionen gegenüber Nicaragua und El Salvador erwachsen und das für 2006 anvisierte Wirtschaftswachstum von 4,4 % gefährden.

Guatemala will in den UN-Sicherheitsrat

Guatemala, 22. Feb. Präsident Oscar Berger hat angekündigt, dass sein Land sich um einen der wechselnden Sitze im UN-Sicherheitsrat bewerbe. In dem wichtigsten Gremium der Vereinten Nationen sitzen neben den fünf ständigen Mitgliedern USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien zehn wechselnde Mitglieder. Der nächste Wechsel steht für 2007 an.

Für den Sitz des lateinamerikanischen Kontinents, den bis Ende 2006 Argentinien innehat, bewirbt sich neben Guatemala auch Venezuela, das als erklärter Gegner der US-amerikanischen Politik für Unruhe sorgt. Die Entscheidung darüber fallen die 191 Staaten der UN-Vollversammlung.

Erste Lobbygespräche wird Präsident Berger während der Amtseinführung der Präsidentin Michelle Bachelet in Chile Ende Februar führen. Unterstützung erhalte Guatemala nach Angaben Bergers von den sechs zentralamerikanischen Nachbarstaaten, sowie Mexiko, Kolumbien und Marokko. Auch Staaten der Europäischen Union hätten sich wohlwollend geäu-

sert, beispielsweise der Deutsche Botschafter, Robert Ellner, der mit den Worten: „ich muss die Solidarität mit der internationalen Gemeinschaft hervorheben, die Guatemala durch die Sendung von Truppen bei Friedensmissionen der UN zeigt“ zitiert wird.

Im Editorial der Tageszeitung *el Periódico* wird darauf hingewiesen, dass die Kandidatur damit in Zusammenhang stehe, dass guatemaltekische Diplomaten in jüngster Zeit einige Kandidaturen für Posten in internationalen Organisationen verloren, beispielsweise den als Generalsekretär der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA). Ähnliches habe sich beim Exekutivsekretariat des *Systems für die Integration Zentralamerikas* (SICA) abgespielt.

Derweil habe der Mitkonkurrent Venezuela durch seine Mitgliedschaft in der OPEC gute Beziehungen zu arabischen Ländern, jedoch auch zu China und den Staaten der Karibik und Südamerikas. Eine durchdachte Politik sei erforderlich, um sich erfolgreich auf internationalem Paket zu bewegen.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate/index.html

Rohstoffabbau und Umwelt

Alta Verapaz, 22. Feb. BäuerInnen und Autoritäten im Departement Alta Verapaz sind besorgt darüber, dass der Abbau von Nickel, Kobalt, Eisen, Chrom und Magnesium, der in drei Munizipien des Departements und zweien des Departements Izabals geplant ist, negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Bevölkerung haben könnte.

Damit reagierten sie auf eine Erklärung des *Ministeriums für Energie und Minen* (MEM), dass ihm ein Genehmigungsantrag der *Guatemaltekischen Nickelkompanie* (CGN, S.A.) für die Suche und den Abbau der Metalle in der Region vorliege.

Betroffen von dem Abbau wären Santa María Cahabón, San Antonio Senahú und Panzós sowie El Estor, Izabal.

In Bezug auf letzteren Standort ist nach Angaben der Tageszeitung *Siglo XXI* eine Umweltverträglichkeitsprüfung bereits in Arbeit, die Machbarkeitsstudie ist für März anvisiert und für Juni dann der Bau der Anlage geplant. Die Investitionen belaufen sich auf knapp 600 Millionen US-Dollar.

Lokale FunktionärInnen und BewohnerInnen in Alta Verapaz fragen sich zu Recht, ob der Genehmigungsantrag für die Standorte ihrer Region mit den Bestimmungen des Nationalen Gesetzes über Minen übereinstim-

men wird und ob die ökologischen Schäden berücksichtigt werden würden.

Wie ökologisch bedenklich der Rohstoffabbau häufig ist, zeigt sich bei der Ölförderung nahe Chisec, Alta Verapaz. Juan Xol, Bewohner der nahe liegenden Gemeinde Xbenitzul berichtete von den stinkenden Gerüchen, die aus der Industrieanlage ausströmten und von Kopfschmerzen der AnwohnerInnen, die von toxischen Stoffen herrührten. Auch seien das Wasser und die Felder der BäuerInnen kontaminiert.

Xol beklagte, dass die örtlichen Autoritäten, insbesondere jene, die für Gesundheit zuständig seien, sich nicht um die Probleme kümmern würden und forderte eine schnelle Lösung des Problems.

Neben der Gesundheit schädige die französische Ölfirma *Perenca* auch die Strassen zwischen Chisec und Playa Grande, Ixcán, erklärte der lokale Anführer, Mario Cacao. Es sei nicht hinzunehmen, dass *Perenca* sich nicht um den Zustand der Strassen kümmere, obwohl das Unternehmen über die entsprechenden Maschinen verfüge.

Warum *Perenca* so handelte, illustriert das Hin und Her um die Förderlizenz in Rubelsanto, Alta Verapaz, das auf politischer Ebene für erheblichen Aufruhr sorgte. *Perenca* war ei-

gentlich schon raus aus dem Ölgeschäft.

Die Lizenz wurde nämlich im August 2005 vom Energie-Ministerium an die französische Firma KLP Industries vergeben, allerdings scheinen die Umstände dieser Genehmigung nicht ganz sauber gewesen zu sein, zudem versäumte es das Ministerium die Mitkonkurrentinnen um die Lizenz davon zu unterrichten, was dazu führte, dass der Kontrakt annulliert wurde und das Ministerium eine Neuausschreibung der Förderlizenz anordnete. Dieses wiederum zog eine Klage von KLP gegen Guatemala nach sich. Der Wirtschaftsausschuss des Kongresses fürchtet nun, dass Guatemala bei negativem Ausgang des Prozesses erstens seine Reputation und zweitens viel Geld verlieren würde. Energieminister Ortiz kündigte Anfang Februar an, einen auf sechs Monate befristeten Vertrag mit *Perenca* zu schliessen, damit wenigstens die Ölanlagen weiter am Laufen gehalten werden können.

Folgen der letzten Lizenzvergaben durch Minister Ortiz waren Gerüchte und Ärger in der Institution. Die Differenzen zwischen dem Ressortleiter und seinem Stellvertreter Luis Letona hinsichtlich der Konzessionen führten letztendlich dazu, dass letzterer unter vagen Erklärungen seine Kündigung einreichte.

Indígenas feiern das Neujahr nach dem Maya-Kalender

Guatemala 24. Feb. Am 23. Februar, nach dem Maya-Kalender der Tag Wuqub Quej, begann das neue Jahr 5122.

Die fünf Tage davor sind Tage der Reflexion, der Dankbarkeit und des Innehaltens. Es sind jene Tage Wayeb', die sozusagen aus dem 18-mal-20 = 360-Tage umfassenden Sonnenkalender der Mayas herausfallen.

Die Indígenas danken während dieser fünf restlichen Tage der Natur für Gutes wie Schlechtes, das in dem vorherigen Jahr geschah und bereiten sich intensiv auf jene Geschehnisse vor, die das neue Jahr bringen wird.

An der heiligen Stätte Jun Imox, im Munizip San Pedro La Laguna, Sololá, fand, so Pedro Cruz García, Präsident des Departementalen Ältestenrat „Katz'uk Tz'oloyja“, eine Zeremonie statt, die unter anderem in der Vorstellung des Ball-Spiels und in Ausstellungen über die tiefe Spiritualität der Mayakultur bestand. Daneben gab es Vorträge über die indigene Kosmologie, die traditionelle Medizin und

über den Maya-Kalender. Am Mittwoch vor dem Neujahr der Maya tauschten die Anwesenden sich über das energetische Gleichgewicht aus, um sich schliesslich von Sonnenunter- bis Sonnenaufgang auf die Ankunft des Neuen Jahres zu konzentrieren.

Nach den Prognosen des Maya-Kalender sollte das nun vergangene Jahr 5121, Waqi Iq', ein Jahr der Katastrophen sein, was sich – im Lichte des Hurricans Stan – als wahrhaftig herausstellte. Was das neue Jahr bringen werde, sollte während der Zeremonien in der Nacht vor Neujahr bekannt gegeben: Demnach werden weitreichende Trockenheit, andernorts Überschwemmungen erwartet sowie ganz konkret ökonomische Schwierigkeiten auf dem Land und einen weiter steigenden Preis des Grundwarenkörbs.

Auch im Departement Quiché fanden entsprechende Zeremonien statt, so von der Gemeinde Mayab' „Job' No'j“ in San Lucas Sacatepé-

quez, der Linguistischen Gemeinde Maya K'iche', der *Akademie der Maya-Sprachen von Guatemala* (ALMG) und von der *Nationalen Ministerialkonferenz der Maya-Spiritualität „Oxlajuj Ajpop“*.

Die dortigen Zeremonien fanden in der ehemaligen Maya-Stadt Gumarcaj nahe Santa Cruz del Quiché statt, bei denen Worte der spirituellen Führer zitiert wurden, um dem Schöpfer für jene Tage zu danken. Anschliessend wurde eine Konferenz abgehalten, um bekannt zu geben, was jener Neujahrstag bedeuten werde.

Doch nicht nur weise Maya-Männer feierten Neujahr: auch die Frauen der *Defensoría de la Mujer Indígena* (DEMI) erinnerten an die Fehler des vergangenen Jahres, insbesondere im Umgang mit der Natur. Die Tage dienten nach Ansicht der Mitarbeiterin der DEMI, Hermelinda Magtzul, jedoch auch der Stärkung der indigenen Kultur, sie trügen dazu bei, die Energien zu vervollständigen und in Verbindung zu treten mit dem Kosmos.